



Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Kreistages am 22.10.2009
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ingrid Grimm ab TOP 6
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs bis 11.50 Uhr
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee
Abg. Hans-Jürgen Krahn bis 12.05 Uhr
Abg. Volker Kullik ab 9.10 Uhr
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels

Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 9.15 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Thomas Lauber
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages am 28.05.2009
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten Friedhelm Helberg
 - a) Feststellung der Voraussetzungen nach § 32 Abs. 2 NLO
 - b) Verpflichtung einer/eines Kreistagsabgeordneten gem. § 39 Abs. 1 NLO und Pflichtenerbehrung nach § 23 NLOVorlage: 2006-11/0774

- 7 Umbildung von Ausschüssen
Vorlage: 2006-11/0784
- 8 Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) - zusätzliche Gesamtschulangebote
Vorlage: 2006-11/0776
- 9 Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf "Geistige Entwicklung"
Vorlage: 2006-11/0777
- 10 Rettungsdienst im Landkreis Rotenburg (Wümme); Fortschreibung des Bedarfsplans zum 01.11.2009
Vorlage: 2006-11/0752
- 11 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: 2006-11/0738
- 12 Wahl der Abgeordneten zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden für die Wahlperiode vom 01.01.2010 bis 31.12.2015
Vorlage: 2006-11/0746
- 13 Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen
hier: Anpassung der Richtlinie an die neue Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 2006-11/0767
- 14 Änderung der KMU-Förderrichtlinie
Vorlage: 2006-11/0770
- 15 Haushaltsüberschreitungen
- 15.1 Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung
Vorlage: 2006-11/0771
- 15.2 Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0778
- 16 Anfragen
- 17 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Brunkhorst, Lauber, Riebesehl und Sonnenwald fehlen entschuldigt. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Kreistagsvorsitzender Brünjes bittet die Anwesenden, sich zum Gedenken an den am 17.10.2009 verstorbenen Kreistagsabgeordneten Lütje Burfeindt für eine Schweigeminute zu erheben. **Kreistagsvorsitzender Brünjes** würdigt die Verdienste des Verstorbenen auf Landkreisebene.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann erklärt, die Tagesordnung der heutigen Sitzung solle um den Punkt „Umbildung von Ausschüssen“ ergänzt werden. Eine Beschlussvorlage sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Er schlage vor, diesen Punkt als neuen Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass die SPD-Kreistagsfraktion darum gebeten habe, die Beratung zum Tagesordnungspunkt „Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme) – zusätzliche Gesamtschulangebote“ nach dem angekündigten Vortrag des Ersten Kreisrates Dr. Lühring für eine Fraktionsbesprechung zu unterbrechen.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages am 28.05.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages am 28.05.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Abg. Kullik nimmt ab 9.10 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** verweist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage und berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 28.05.2009 sei der Kreisausschuss am 06.08., 10.09., 06.10. und 21.10.2009 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Im Zusammenhang mit dem Verkauf des Grundstückes des Instituts für Heimatforschung durch den Heimatbund Rotenburg veräußere der Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Teilfläche eines Lehrerparkplatzes am Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme) in Größe von ca. 250 m² an den Erwerber des Institutsgeländes.

2. Im Rahmen des Projektes „Breitbanderschließung im Landkreis Rotenburg (Wümme)“ stimme der Kreisausschuss der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens zur flächendeckenden Erschließung des Landkreises mit Glasfaseranschlüssen zu. Rechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit einer möglichen Eigenschließung sollen mit einem externen Beraterbüro geklärt werden. Eine im Jahr 2004 mit Fördermitteln der EU gebaute Datenleitung von Rotenburg zur Samtgemeinde Bothel werde an die EWE AG verkauft. Die Datenleitung gehöre zum Daten- und Telekommunikationsnetz des Landkreises, das bereits 2004 an die EWE verkauft worden war. Beim Ausbau der Breitbandversorgung könne diese Datenleitung evtl. eingebunden werden. Dem für den Ausbau der Breitbandversorgung in ausgewählten unterversorgten Teilbereichen des Kreisgebietes („Weiße Flecken“) beim Land Niedersachsen gestellten Förderantrag aus Konjunkturpaket II-Mitteln werde zugestimmt.
3. Unter der Voraussetzung einer weiteren finanziellen Beteiligung der Stadt Bremervörde an der Gesamtmaßnahme würden Mittel für die Erstellung von erforderlichen Planunterlagen im Rahmen des Projektes zur Neuordnung des Kreisstraßennetzes im südwestlichen Bereich von Bremervörde außerplanmäßig bereitgestellt.
4. Die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des aufgrund des Bürgerentscheids vom 07.06.2009 in Auftrag gegebenen Ergänzungsgutachtens würden eingeleitet (Rettungsmittelvorhaltung und Verlagerung von fünf Rettungswachenstandorten innerhalb der Wohnorte). Einer Initiative des Landrates beim Niedersächsischen Landkreistag mit dem Ziel, auf Landesebene die Hilfsfrist zu verkürzen und die Rettungswachenstandorte überregional zu planen, werde zugestimmt.
5. Einer Fortführung der Kooperation mit den sieben im Bereich des Landkreises Rotenburg (Wümme) tätigen ÖPNV-Unternehmen bis zum Jahr 2019 werde zugestimmt. Der Landrat werde ermächtigt, einen entsprechenden Nachtrag zum Kooperationsvertrag vom 10.07.2006 abzuschließen. In das Vertragswerk sei die Einführung eines ROW-Tarifs – entsprechend dem Tarifniveau des VBN-Tarifs – für die derzeit nicht mit dem ZVBN assoziierten Bereiche aufzunehmen.
6. Für die im Eigentum des Landkreises Rotenburg (Wümme) stehenden Flächen des Kompensationsflächen-Pools im Hatzter Moor übertrage der Landkreis das Management der naturschutzfachlichen Instandsetzung, die Pflege und die dauerhafte Betreuung an die Stiftung Naturschutz.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet, den Abgeordneten sei eine Ergänzungslieferung zur Kreisrechtsammlung auf den Tisch gelegt worden.

Abg. Reuter nimmt ab 9.15 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Mandatsniederlegung des Kreistagsabgeordneten**

Friedhelm Helberg

a) Feststellung der Voraussetzungen nach § 32 Abs. 2 NLO

b) Verpflichtung einer/eines Kreistagsabgeordneten gem. § 39 Abs. 1 NLO und Pflichtenbelehrung nach § 23 NLO

Vorlage: 2006-11/0774

a.) **Kreistagsvorsitzender Brünjes** weist auf das an die Abgeordneten verteilte Schreiben des Abg. Helberg hin, in dem dieser den Hintergrund seines Verzichts auf das Kreistagsmandat erläutert habe.

Beschluss:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für den Sitzverlust im Kreistag des Abgeordneten Friedhelm Helberg, Gyhum-Nartum, wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Grimm nimmt an der Sitzung teil.

b.) **Landrat Luttmann** weist die Abg. Grimm auf den Inhalt der §§ 20 bis 22 NLO hin und verpflichtet sie förmlich, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Die Verpflichtung wird durch Handschlag bekräftigt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Umbildung von Ausschüssen**
Vorlage: 2006-11/0784

Beschluss:

Die personelle Besetzung des Kreisausschusses und der Ausschüsse wird wie folgt neu festgestellt:

Kreisausschuss:

Mitglied: Abg. Helmut Ringe, Oerel (für Abg. Friedhelm Helberg)

Vertreter: Abg. Karl-Hans Keller, Bothel

Finanzausschuss:

Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley, Bremervörde (für Abg. Friedhelm Helberg)

Ausschuss für Hoch- und Tiefbau:

Mitglied: Abg. Ingrid Grimm, Elsdorf (für Abg. Helmut Ringe)

Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales:

Abg. Ingrid Grimm, Elsdorf (für Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rothenburg (Wümme) - zusätzliche Gesamtschulangebote**
Vorlage: 2006-11/0776

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 20.10.2009 als Anlage beigefügt.*) geht **Erster Kreisrat Dr. Lühring** auf die gesetzlichen Vorgaben zur Einrichtung von Gesamtschulen sowie die Vorbereitung, den Ablauf und die Auswertung der Elternumfrage ein. Die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis sei mit der Elternumfrage nicht am Ende. Das Engagement der Eltern sei nicht verloren, sondern könne möglicherweise zu anderen schulischen Angeboten führen. Die Vorbereitung der Elternumfrage, der Aufbau des Fragebogens, der Ablauf und die Auswertung der Befragung durch die Landkreisverwaltung seien von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Schulausschusses und einem Vertreter der Landesschulbehörde begleitet worden. Nach Auswertung der Fragebögen habe sich ergeben, dass allenfalls für den Gesamtschulstandort Sittensen die erforderlichen Schülerzahlen knapp erreicht würden. Im Übrigen seien die Ergebnisse in den einzelnen (Samt-) Gemeinden sehr standortbezogen ausgefallen: An Standorten mit bislang nur einer Haupt- und Realschule sei der Wunsch nach einer Gesamtschule sehr deutlich. Weniger beträfe dies Standorte mit eigenem Gymnasium; selbst in Visselhövede werde dies deutlich. In der Samtgemeinde Gestequelle hätten sich die Eltern hingegen sehr deutlich für das dortige Oereeler Modell ausgesprochen. Insgesamt sei deutlich geworden, dass die Eltern ein schulisches Angebot vor Ort wünschten. Eine Bereitschaft zum Besuch von Schulen in Nachbarorten habe sich kaum gezeigt.

Erster Kreisrat Dr. Lühring führt weiter aus, dass die 14-Jahres-Prognose einer ausreichenden Schülerzahl faktisch kaum leistbar sei, da lediglich die Kinder aus 10 Jahrgängen bereits geboren seien. Die zukünftigen vier Geburtsjahrgänge seien daher in Absprache mit der Landesschulbehörde aus einem Mittelwert der jüngsten vier Geburtsjahrgänge ermittelt worden. Die Gymnasialquoten für die KGS-Standorte seien um ca. 10 Prozentpunkte, in Gnarrenburg wegen des ungewöhnlich niedrigen Niveaus um 15 Prozentpunkte, über den derzeitigen tatsächlichen Quoten angenommen worden. Dennoch würden die notwendigen Schülerzahlen auch in Sittensen nur unter Einrechnung sämtlicher „Mehrfachkinder“ (mit Sittensen als Zweit- oder Drittwunsch) und unter Zugrundelegung weiterer positiver Rahmenbedingungen erreicht werden. Hierzu gehöre z. B. ein möglicher verstärkter Zuzug nach Fertigstellung des Autobahn-Ausbaus. Außerdem verfüge der Standort Sittensen über das Potential, Schüler aus den Nachbarkreisen anzuziehen. Würde für mehrere Standorte, z. B. Sittensen und Bothel, ein Antrag auf Einrichtung einer Gesamtschule gestellt, würde an beiden Standorten die notwendige Schülerzahl nicht mehr erreicht. Deshalb schlage die Verwaltung vor, bei der Landesschulbehörde die Errichtung einer KGS nur am Schulstandort Sittensen zum Schuljahr 2009/10 zu beantragen. Über die künftige Schulstruktur im Landkreis müsse weiter beraten werden. Die Ziele hierfür, wie Wahlfreiheit der Schulform und wohnortnahe Angebote, seien bereits im Frühjahr dieses Jahres formuliert worden. Priorität habe nach der Elternbefragung allerdings ein gutes schulisches Angebot vor Ort. Es sei eindeutiger Elternwille, die Schulstandorte zu erhalten.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass auch nach den Bestimmungen des „alten“ Schulgesetzes die Schülerzahlen für die meisten Standorte nicht gereicht hätten. Zwar hätte es wohl eine weitere IGS in Bothel gegeben; dadurch hätte sich aber auch die Situation in den umliegenden Standorten weiter verschärft. Was fehlt, sei eine Lösung für alle kleinen Standorte, bei der sich die Gemeinden nicht gegenseitig die Schüler wegnehmen müssten. In diesem Zusammenhang berichtet er über ein Gespräch im Nieders. Kultusministerium

zum Schulversuch einer gemeinsamen Haupt- und Realschule in Oerel. Dabei sei von Seiten des Ministeriums die Absicht angekündigt worden, ab dem kommenden Sommer allen Haupt- und Realschulen in den Klassen 5 bis 8 gemeinsamen Unterricht mit einem Kurssystem in bestimmten Kernfächern zu ermöglichen. Deswegen sei nach Ansicht der Vertreter des Kultusministeriums in Oerel kein Schulversuch mehr notwendig. Das „Modell Oerel“ als Option auch für andere Standorte halte er für einen guten Anfang einer neuen Schulstruktur im Landkreis.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 9.45 Uhr bis 10.05 Uhr für eine Besprechung der SPD-Kreistagsfraktion.

Abg. Ringe führt aus, mit dem Ergebnis der Befragung sei er inhaltlich nicht zufrieden, aber der Kreistag sei daran nicht ganz unbeteiligt gewesen, weil sechs Schulstandorte für die Befragung zugelassen worden seien. Die Gemeinden mit Schulstandorten würden versuchen, der negativen Entwicklung der Schülerzahlen gegenzusteuern und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie z. B. den Ausbau von Kindertagesstätten, voranzubringen. Die Eltern wollten ein qualitativ hochwertiges und möglichst wohnortnahes schulisches Angebot. Das Ergebnis der Elternbefragung zeige deutlich eine Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand. Die Höhe einer tatsächlichen Zustimmung zu Gesamtschulen könne nur mit einer weiteren Befragung unter Ausschluss einiger Standorte ermittelt werden. Dies halte er aber nicht für sinnvoll, weil die Eltern bereits mit mehreren Befragungen strapaziert worden seien. Die Eltern hätten sich trotzdem daran beteiligt, weil die schulische Bildung in der heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert habe. Das „Modell Oerel“ für alle würde nicht zu einem gymnasialen Angebot in der Fläche führen. Es sei nicht realistisch, Oberstufen an jedem Standort erhalten zu können. Bei dem Gespräch im Kultusministerium zum Schulversuch in Oerel sei zumindest ein gangbarer Weg aufgezeigt worden. Im Landkreis müsse ein gemeinsames Angebot aufgebaut werden, das Ausspielen von Schulstandorten gegeneinander führe nicht zum Erfolg. Der Antrag für den Gesamtschulstandort Sittensen könne nicht das Ende der Entwicklung sein. Es müsse weiter konstruktiv mit den Gemeinden, den Initiativen, den Experten und den Abgeordneten zusammengearbeitet und ein Konzept für den Landkreis – ohne parteipolitische Grenzen - erarbeitet werden. Die Antragstellung für den Gesamtschulstandort Sittensen solle heute beschlossen werden. Das Land entscheide dann, an welchem Standort eine Gesamtschule eingerichtet werde.

Abg. Leefers dankt zunächst der Verwaltung für die Vorbereitung und Auswertung der Elternbefragung. Er begrüßt, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen würden und dem deutlich gemachten Elternwillen entsprechend Veränderungen in der Schullandschaft erreichen wollten. Die Einrichtung von Gesamtschulen in Mittelzentren könne andere Schulstandorte gefährden. Die Eltern hätten objektiv richtig abgestimmt und deutlich gemacht, dass sie eine Veränderung wünschten und zwar für ein schulisches Angebot vor Ort. Im Zweifel würden Eltern aus Visselhövede ihre Kinder eher zum Ratsgymnasium in Rotenburg als zu einer Gesamtschule nach Bothel schicken. Für den Standort Sittensen solle der Antrag gestellt werden, weil dort Aussichten auf eine Genehmigung bestünden. Im nächsten Schulausschuss solle weiter an der künftigen Schulstruktur gearbeitet werden. Veränderungen seien zum Wohle und im Interesse der Eltern nötig. Wenn der Landkreis aktiv werde, würde dies auch in Hannover gehört.

Abg. Klee meint, der Landkreis habe mit der Durchführung der Elternbefragung einen großen Schritt getan und sei in der Entwicklung der Schulstruktur weiter als in anderen Kreisen. Er bedankt sich bei den Eltern für deren Beteiligung und bei der Verwaltung für die Vorbereitung und Durchführung der Befragung. Dank gebühre auch den Gemeinden und den Initiativen vor Ort, die den Landkreis zu der Befragung gebracht hätten. Auch die Eltern in Sittensen hätten sich engagiert. Die dortige Außenstelle des St.-Viti-Gymnasiums sei lediglich ein Provisorium. Das Ergebnis der Befragung zeige, dass selbst in Mittelzentren wie Sottrum ein Gesamtschulangebot von den Eltern gewünscht werde. Die Gründe dafür lägen im jetzigen Schulsystem, das auf falschen Vorgaben basiere. Die Schülerströme würden sich anders darstellen, als vom Gesetzgeber angenommen.

Es gebe kaum noch Hauptschüler, aber mehr Realschüler und Gymnasiasten. Die Hauptschulen seien die Verlierer, während die Gymnasien sich zu den „heimlichen Gesamtschulen“ entwickeln würden. 50 bis 60% der Schüler eines Jahrganges würden das Gymnasium besuchen. Dies bedeute übervolle Klassenräume mit den daraus resultierenden Problemen für Schüler und Lehrer. Diese Situation werde durch das „Turbo-Abitur“ nach 12 Schuljahren noch verschärft. Auch an Realschulen gebe es ähnliche Probleme. Weitere Gründe seien die demographische Entwicklung sowie die Ablehnung der Eltern für das jetzige Schulsystem. Die aktuelle Situation dürfe keineswegs als in Ordnung bezeichnet werden. Er unterstütze Sittensen als Gesamtschulstandort voll und ganz. Allerdings sei dies nicht ausreichend, weil der Norden und Süden des Kreisgebietes unterversorgt bleiben würden. Mit der Einrichtung weiterer Gesamtschulen könne eine Schließung von Sekundarschulstandorten verhindert werden. Dies werde auch mit der Forderung der Botheler Initiative Pro-IGS nach einer Änderung der gesetzlichen Vorgaben des Landes hinsichtlich der geforderten Mindestzügigkeit deutlich. Seine Fraktion fordere die Städte und Gemeinden auf, gemeinsam mit dem Landkreis im Norden und Süden des Kreisgebietes die Einrichtung einer Gesamtschule so bald wie möglich voranzubringen. Dazu müsse die Landesregierung zumindest die besondere Situation des Landkreises berücksichtigen und erkennen, dass die jetzigen gesetzlichen Vorgaben hier nicht passen würden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.40 Uhr bis 11.10 Uhr.

Abg. Graf von Bothmer meint, zu dieser Angelegenheit seien sämtliche Argumente ausgetauscht. In Anbetracht der dem Kreistagsvorsitzenden bereits vorliegenden weiteren fünf Wortmeldungen beantrage er die Schließung der Rednerliste.

Abg. Borngräber entgegnet, nach seiner Ansicht müsse das Thema umfassend diskutiert werden. Er bittet seinerseits um Aufnahme in die Rednerliste.

Kreistagsvorsitzender Brünjes stellt den Antrag des Abg. Graf von Bothmer auf Schließung der Rednerliste zur Abstimmung.

Dieser wird mit 26 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abg. Steppat führt aus, die WFB-Fraktion freue sich über den Antrag für den Gesamtschulstandort Sittensen. Es sei enttäuschend, dass die Schülerzahlen an den anderen Standorten nicht ausreichen würden. Er begrüße, wenn Druck auf den Landesgesetzgeber ausgeübt werde, um Änderungen der Vorgaben im Sinne der engagierten Eltern zu erreichen.

Abg. Poredda nimmt wieder an der Sitzung teil.

Auch **Abg. Oetjen** dankt den engagierten Eltern und der Verwaltung für die Durchführung der Befragung. Im Kreistag habe man sich einvernehmlich für eine Elternbefragung mit sechs möglichen Standorten entschieden, auch der Fragebogen sei mit Beteiligung der Kreistagsabgeordneten entwickelt worden. Diese Einvernehmlichkeit sei gute Tradition bei der Schulpolitik im Kreistag. Wichtig für die Eltern sei vorrangig eine wohnortnahe Beschulung, erst danach ein Gesamtschulangebot. Hätte die Befragung mehr Standorte ausgewiesen, wäre die Zustimmung für Gesamtschulen nach seiner Ansicht vermutlich höher ausgefallen. Er begrüße, dass für den Standort Sittensen ein Antrag gestellt und dieser von der Landesschulbehörde unterstützt werde. Damit finde eine positive Weiterentwicklung des Schulsystems im Landkreis statt, in den acht größten Verwaltungseinheiten bestehe dann ein gymnasiales Angebot. Alle Beteiligten müssten gemeinsam an einer Weiterentwicklung des Schulsystems im Landkreis arbeiten, um ein qualitativ hochwertiges und an allen Standorten vielfältiges schulisches Angebot zu erhalten.

Auch **Abg. Twesten** betont, für alle Kinder müsse ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges Bildungsangebot erhalten und ein modernes System entwickelt werden. Stattdessen gebe es vom Land ganz andere Vorgaben. Alle Beteiligten müssten an zukunftssträchtigen Lösungen für den Landkreis arbeiten. Obwohl die Mehrheit der Eltern sich für Gesamtschulen ausgesprochen habe, werde im Landkreis ausschließlich anhand der Zahlen entschieden.

Eine IGS sei eine erfolgreiche Schulform, daran werde auch der Landkreis Rotenburg (Wümme) nicht vorbeikommen. Die vom Land geforderte Mindestzügigkeit sei aufgrund der demographischen Entwicklung und der Geburtenraten nicht zu erfüllen. Damit werde ein flächendeckendes Angebot zukünftig nicht mehr zu erhalten sein. Für die vom Land geforderte 5-Zügigkeit gebe es keine pädagogischen Gründe. Der Elternwille dürfe nicht abgewürgt, sondern das Verfahren müsse konstruktiv begleitet werden. Das „Modell Oerel“ für alle sei für den Landkreis keine Option, Gesamtschulen seien die bessere Alternative.

Abg. Kullik hält die vom Abg. Graf von Bothmer beantragte Schließung der Rednerliste zu diesem Thema nicht für angebracht. Er sei nicht enttäuscht über das sehr eindeutige Ergebnis der Befragung, sondern vielmehr über die geltende Gesetzeslage. Die Antragstellung für den Gesamtschulstandort Sittensen werde der Kreistag hoffentlich einstimmig beschließen. Der zweite Teil des ursprünglichen Beschlussvorschlages sollte nicht beschlossen werden. Im Norden und Süden des Kreisgebietes gebe es weiterhin keine Wahlfreiheit für die Eltern. Der Elternwunsch nach Gesamtschulen und für eine wohnortnahe und gemeinsame Beschulung sei eindeutig. Beim Standort Gnarrenburg hätte aber selbst die Anrechnung einer erhöhten Gymnasialquote nicht gereicht, um die Vorgaben des Landes zu erreichen. Er betont die Bedeutung der Schulstruktur für die gesamte Entwicklung des ländlichen Raumes. Dies müsse nach Hannover getragen werden, wie es vom NLT in der „Loccumer Erklärung“ mit der Forderung nach Flexibilität für wohnortnahe Angebote geschehen sei. Eine Anpassung der gesetzlichen Vorgaben an die Realitäten und Strukturen im Landkreis sei erforderlich. Es müsse zeitnah eine gemeinsame Lösung für die künftige Schulstruktur im nördlichen und südlichen Kreisgebiet gefunden werden.

Abg. Ringe erklärt, er gehe davon aus, dass in der nächsten Sitzung des Schulausschusses weiter über die Schulstruktur beraten werde.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt bei der Landesschulbehörde die Errichtung einer KGS am Schulstandort Sittensen zum Schuljahr 2010/11. Der bereits für den Schuljahresbeginn 2009/10 gestellte Antrag bleibt insoweit aufrechterhalten und wird entsprechend ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderbedarf "Geistige Entwicklung"**
Vorlage: 2006-11/0777

Abg. Ringe geht zunächst auf die Arbeit in der Arbeitsgruppe des Schulausschusses ein. Dabei sei man einstimmig zu einem Ergebnis gekommen, dem der Schulausschuss und der Kreisausschuss einstimmig gefolgt seien.

Abg. Frömming richtet ihren Dank an die Kreisverwaltung für die Begleitung der Arbeitsgruppe. Ein Umorientierungsprozess habe im Beschlussvorschlag seinen Niederschlag gefunden. Förderzentren würden die Chance bieten, eine gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen zu organisieren. Damit werde der 1. Schritt zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen getan. Auch diese sollten uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Schulen erhalten. Diesem Ziel sei man ein Stück näher gekommen.

Abg. Dr. Fröhlich erklärt, er habe sowohl in der Arbeitsgruppe als auch in der Sitzung des Schulausschusses noch eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vorgeschlagen. Im zweiten Absatz des Beschlussvorschlages habe der Passus angefügt werden sollen, „wobei die schulische Entwicklung anderer Kinder nicht nachhaltig beeinträchtigt werden darf“. Hierfür habe sich aber keine Mehrheit gefunden. Er bekräftigt, dass er hinter dem Beschluss stehe. Auch **Abg. Steppat** begrüßt den Beschlussvorschlag und dankt den Mitarbeitern in den Einrichtungen der Behindertenhilfe für die geleistete Arbeit.

Abg. Bruns führt aus, die Erfahrung zeige, dass Kinder mit Behinderungen in integrativen Klassen mehr gefördert würden.

Beschluss:

- Es wird die Errichtung eines öffentlichen Förderzentrums GE als Ganztagsangebot angestrebt.
- Hierbei wird eine kooperative Beschulung und - soweit möglich - auch eine integrative bzw. inklusive Beschulung angestrebt.
- Aufgrund des bei der Schule am Mahlersberg derzeit bereits vorhandenen GE-Angebots ist es naheliegend, diese Förderschule zu einem entsprechenden Förderzentrum weiterzuentwickeln.
Angesichts insgesamt sinkender Schülerzahlen sowie der vorrangig angestrebten kooperativen und integrativen Unterrichtsformen erscheint der Neubau einer eigenständigen Förderschule GE als nicht sinnvoll.
- Der Schulträger wird gemeinsam mit der Schule am Mahlersberg und der Landesschulbehörde ein Konzept erarbeiten.
- Die von der Helga-Leinung-Schule angestrebte Umwandlung in eine Förderschule in freier Trägerschaft - als weiterhin bestehendes ergänzendes Angebot - wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Rettungsdienst im Landkreis Rotenburg (Wümme);
 Fortschreibung des Bedarfsplans zum 01.11.2009
 Vorlage: 2006-11/0752**

Landrat Luttmann weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse des Feuerschutzausschusses und des Kreisausschusses hin.

Abg. Bargfrede erklärt, zur Fortschreibung des Bedarfsplans bestehe Einigkeit. Das vorliegende Ergänzungsgutachten beinhalte auch eine Verlegung von Rettungswachenstandorten innerhalb der Wohnorte. Damit würden alle Bürger innerhalb der gesetzlichen Hilfsfrist von 15 Minuten von Rettungswachen innerhalb des Landkreises erreicht werden können. Der Landkreis sei dann nicht mehr auf die Mitversorgung durch die Nachbarkreise angewiesen. Bereits zum 01.11.2009 würden sämtliche Rettungswachen im Landkreis 24 Stunden besetzt, der damit über einen hervorragenden Rettungsdienst verfüge. Dies werde aber auch höhere Aufwendungen erfordern, weil die Kostenträger sich nicht an den Mehrkosten für die Umsetzung des Bürgerbegehrens beteiligen würden.

Abg. Bussenius meint, der Landkreis verfüge jetzt über ein akzeptables Rettungswesen, welches durch die praktische Umsetzung des Bürgerwillens erreicht worden sei. Die Bürger des Landkreises hätten auch in Kenntnis der dafür entstehenden Mehrkosten für das Bürgerbegehren votiert. Die Krankenkassen gehörten nach seiner Ansicht zu den Gewinnern des Verfahrens. Diese müssten aber die Kosten für den Rettungsdienst tragen. Hier wären noch Verhandlungen zu führen. Die Stadt Bremervörde zähle dagegen zu den Verlierern, weil der zweite Rettungswagen abgezogen werde. Es müsse sparsam mit Steuermitteln umgegangen werden und die jetzige Lösung hätte man einfacher haben können, wenn der Kreistag seinerzeit dem Antrag der Fraktion B90/GRÜNE gefolgt wäre. Mit einer überregionalen Planung des Rettungsdienstes hätten die Verlegungen der Rettungswachen evtl. unnötig werden können. Seine Fraktion unterstütze die Initiative des Landrates zur Verkürzung der Hilfsfrist und der überregionalen Planung.

Abg. Kahrs verlässt die Sitzung um 10.50 Uhr.

Abg. Petersen hält eine Kosten-Nutzen-Analyse für die geplante Verlegung der Rettungswachen in jedem Einzelfall für erforderlich. Wegen der sinkenden Einnahmen müsse der Landkreis verstärkt auf die Ausgaben achten. Wenn vom Landkreis Rotenburg (Wümme) ein Teil der Gemeinde Kirchlinteln im Landkreis Verden mitversorgen werde, könne auch um eine Mitversorgung des Bereiches Heinschenwalde aus dem Landkreis Cuxhaven nachgefragt werden. Dies könne die Verlegung der Rettungswache Bremervörde entbehrlich machen. Bei einer späteren überregionalen Planung könnten evtl. weitere Verlegungen der Wachenstandorte notwendig werden. Es solle festgestellt werden, welche Kosten für die Verlegung der Wachenstandorte entstehen und darüber in der nächsten Sitzung des Feuer-
schutzausschusses berichtet werden.

Abg. Oetjen hält es für richtig, dass der Landkreis eine eigene Lösung anstrebe und begrüßt, dass die gesetzliche Hilfsfrist in allen Bereichen des Kreisgebietes eingehalten werde. Für den Wachenstandort Lauenbrück müsse schnell eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Wegen der unzulänglichen Räumlichkeiten gebe es auch am jetzigen Rettungswachenstandort in Bremervörde Handlungsbedarf. Die Ausrückzeit von 1 Minute müsse überall eingehalten werden. Dieses Thema werde den Kreistag noch weiter beschäftigen.

Abg. Dreyer meint, die jetzige Lösung hätte man bereits vor einem Jahr haben können, wenn der Kreistag dem Antrag der SPD-Fraktion gefolgt wäre. Nach der vorliegenden Antwort des Landrates auf eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion seien für die Durchführung des Bürgerentscheides und der Informationsveranstaltungen des Landrates rund 30.000 Euro an Kosten angefallen. Das von seiner Fraktion seinerzeit geforderte Ergänzungsgutachten hätte dagegen nur 20.000 Euro gekostet.

Landrat Luttmann entgegnet, der Antrag der SPD-Fraktion sei nicht wegen der Gutachterkosten, sondern wegen der vom Landkreis zu tragenden, nicht von den Krankenkassen zu erstattenden Mehrkosten für den Rettungsdienst abgelehnt worden. Im Juni dieses Jahres hätte noch eine Lösung mit einer Kostenbeteiligung der Krankenkassen und der begünstigten Gemeinden erreicht werden können. Diese sei aber wegen der ablehnenden Haltung der betroffenen Gemeinden nicht zustande gekommen. Ohne die Verschiebung von Rettungswachenstandorten innerhalb der Wohnorte könne die Forderung nach Einrichtung zusätzlicher Rettungswachen in einzelnen bisher unterversorgten Gemeinden aufkommen. Dies würde weitere Kosten von ca. 450.000 Euro je Wache jährlich verursachen.

Abg. Steppat spricht sich für eine kreisübergreifende und möglichst kostengünstige Planung aus.

Abg. Dreyer erklärt, die SPD-Fraktion sei nicht für das Ergebnis des Bürgerentscheids verantwortlich.

Beschluss:

Der bisher geltende Bedarfsplan für den Rettungsdienstbereich Landkreis Rotenburg (Wümme) (Beschlüsse des Kreistages vom 17.12.2002 und 15.06.2005) wird mit Wirkung vom 01.11.2009 durch die im Entwurf vorliegende Fassung ersetzt.

Dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Verden zur Mitversorgung von Teilen der Gemeinde Kirchlinteln durch die Rettungswache Visselhövede wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann und die **Abgeordneten Borngräber, Klee** und **Oetjen** verlassen den Sitzungsraum.

1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2008**
Vorlage: 2006-11/0738

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann und die **Abgeordneten Borngräber, Klee** und **Oetjen** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Abg. Krahn verlässt die Sitzung um 12.05 Uhr.

Punkt 12 der Tagesordnung: **Wahl der Abgeordneten zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden für die Wahlperiode vom 01.01.2010 bis 31.12.2015**
Vorlage: 2006-11/0746

Beschluss:

Als Abgeordnete zur 3. Kurie der Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden für die Wahlperiode 01.01.2010 bis 31.12.2015 werden gewählt:

Mitglied	Vertreter
1. Landrat Hermann Luttmann	1. Abg. Heinz-Günter Bargfrede
2. Abg. Volker Kullik	2. Abg. Christian Sonnenwald
3. Abg. Reinhard Brünjes	3. Abg. Gerhard Holsten

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen hier: Anpassung der Richtlinie an die neue Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: 2006-11/0767

Abg. Dr. Fröhlich erklärt, der von ihm gestellte Antrag zur Zulassung von gewerblichen Anbietern sei von der CDU/FDP-Gruppe wohlwollend aufgenommen worden.

Beschluss:

Der Änderung der Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen wird wie in der Anlage beigefügt und durch Kursivdruck gekennzeichnet, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Änderung der KMU-Förderrichtlinie**
Vorlage: 2006-11/0770

Beschluss:

Die KMU-Förderrichtlinie wird in der anliegenden geänderten Fassung zum 22.10.2009 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 15.1 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung**
Vorlage: 2006-11/0771

Beschluss:

Für die abschließende Vorauszahlung des Landkreises Rotenburg (Wümme) an die gemeindlichen Schulträger beim Schullastenausgleich werden im Teilhaushalt 3 – Bildung und Kultur, Produkt 24.3.02, überplanmäßig 256.200 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15.2 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2006-11/0778

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Anfragen**

Landrat Luttmann erklärt, die SPD-Kreistagsfraktion habe um die Beantwortung einiger Fragen zum Rettungsdienst in der heutigen Sitzung gebeten. Die Antwort der Verwaltung sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Nachdem keine Einwohnerfragen gestellt werden beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 11)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 11)

Landrat

Protokollführer